Aus dem Inhalt:
Lohnrunde '82 Seite 2
Die Leiche im Keller Seite 5
Ostermarsch Seite 7

uz Unsere Zeit Zeitung der DKP

notizen

Nr. 2
27. Februar 1982

aus Bottrop und Kirchhellen

„Faule" Heizkostenabrechnung:

Jetzt heizen die Mieter Thyssen ein

Einmal mehr konnte die DKP in den vergangenen Tagen unkorrektes Vorgehen einer Wohnungsgesellschaft („Thyssen Wohnen und Bauen") aufdecken. Von Mietern der Siedlung „Am Timpenkotten" in Batenbrock wegen ihrer Heizkostenabrechnung um Rat gefragt, führte die DKP-Ratsfraktion am 29. 1. „vor Ort" eine Aktion durch, bei der viele Mieter ihre Sorgen und Probleme mit den Unstimmigkeiten bei der Heizkostenabrechnung, der mangelnden Instandhaltung der Häuser und falscher Mietpreisberechnung vortrugen.

Auf einer daraufhin einberufenen Mieterversammlung am 4. 2. stellte sich folgender Sachverhalt heraus:

Erstens:

Die 408 Thyssen-Wohnungen in den Straßen „Am Timpenkotten", „Norpothstraße" und „Mommkamp" sind von der Verwaltung in zwei Wohneinheiten zu 216 bzw. 192 Wohnungen aufgegliedert worden, nach denen bisher die Abrechnungen aufgestellt wurden. In den letzten beiden Jahren traten Unstimmigkeiten bei der Heizkostenabrechnung auf. Zuerst „irrte" sich ein Computer, und die Verwaltung mußte die Rechnungen korrigieren.

In diesem Jahr führte die Thyssen-Verwaltung ohne Ankündigung eine Neuaufteilung der Abrechnungsbereiche in 302 bzw. 106 Wohneinheiten durch. Plötzlich bekamen einige Mieter Rückzahlungen (von durchschnittlich 30 DM) und einige andere mußten feste nachzahlen (260 DM). Nach Meinung der DKP-Ratsfraktion ist dies rechtsunwirksam, weil die Neuberechnung weder angekündigt war, noch das Einverständnis der Mieter vorlag.

Zweitens:

Die Mieter beklagten sich auf der Mieterversammlung über mehr als mangelhafte Instandhaltung ihrer Wohnhäuser (in Einzelfällen waren z. B. Hausflure angeblich 10 bis 12 Jahre nicht gestrichen worden).

Drittens:

Nach Auffassung der DKP-Ratsfraktion ist über Jahre hinweg das sogenannte „Mietausfallwagnis" so berechnet worden, daß alle Betriebskosten mitgerechnet wurden; dies ist unkorrekt.

Die (noch zahlreicheren) Ungereimtheiten führten während der Versammlung zur Bildung eines Mieterrates, der mit Hilfe eines Rechtsbeistandes diese Fragen gegenüber der „Thyssen Wohnen und Bauen" klären wird und von der Steag (Fernwärmelieferant) eine korrekte Rechnungslegung fordert, die Grundpreis und Arbeitspreis näher erläutert. Alles in allem kann man sich des Gefühls nicht erwehren, daß hier wieder einmal ein großer Konzern mit der Unwissenheit seiner Mieter rechnet und daran verdient. Doch am „Timpenkotten" beginnen die Mieter, ihm einen Strich durch seine (falsche?) Rechnung zu machen!

Empörte Mieter am Timpenkotten bei DKP „vor Ort".

Ein schönes Stück Bottrop

Dieser Grenzstein empfängt Autofahrer und Fußgänger an der Stadtgrenze auf der Gladbecker Straße. Ein sympathischer Gruß an Einheimische und Besucher unserer Stadt. Geschaffen wurde der Stein an der Berufsschule durch Lehrlinge und Lehrer des Steinmetzhandwerks.

Auch an anderen Ortseingängen grüßen ihre kunstvollen Steine. Die älteren tragen noch das alte Stadtwappen.

Einstellungsstopp jetzt auch bei der Zeche

Seit einigen Wochen werden auf den Schächten der Zeche Prosper/Haniel keine neuen Leute mehr eingestellt. Wo früher noch mancher Facharbeiter, der arbeitslos geworden war, einen neuen Arbeitsplatz fand, ist es jetzt „zappenduster". Angesichts 2 Millionen offiziell registrierter Arbeitsloser eine schlimme Sache.

Wo soll man denn heute in Bottrop und Umgebung noch Arbeit finden? In Hünxe ist die BP-Raffinerie stillgelegt worden. Wahrscheinlich wird das Werk ganz geschlossen. In Gladbeck vernichtet Siemens 700 Arbeitsplätze. In Gelsenkirchen wird der „Schalker Verein" mit 1100 Arbeitsplätzen dichtgemacht. Die Aussichten sind also schwarz.

Ist daran nichts zu ändern? Doch: Im Bergbau kann die Produktion gesteigert werden. Bei einer Erhöhung der Kohleförderung um 50 Millionen Jahrestonnen könnten 75 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Nur ist dazu nötig, sich vom Ölpreisterror der Multis loszukoppeln und eine nationale Energiepolitik zu machen. Und was weiter helfen könnte, wäre ein Beschäftigungsprogramm, das wirklich Arbeitsplätze schafft. Das Schmidt/Genscher-Programm für Unternehmer-Subventionen wird nur zu weiterer Arbeitsplatzvernichtung durch Rationalisierungen führen und höchstens die Statistiker für die Arbeitslosenregistrierung beschäftigen.

Wie bestellt und abgerufen

Von Herbert Dibowski, Betriebsratsvorsitzender, Bezirksvertreter

Was jetzt in der Öffentlichkeit große Wellen schlägt, ist eigentlich bekannt. Der Skandal um Vietor und Kumpanen kommt jedoch genau zum richtigen Zeitpunkt. Er soll von dem ablenken, was in Bonn beschlossen wurde. Unter dem schönen Titel „Beschäftigungsprogramm" wurde mit der Einführung der Staffelmiete den Wohnungs- und Bodenspekulanten ein Garantieschein zur unbegrenzten Ausbeutung der Mieter ausgestellt. Und schon einen Tag nach der großen Schmidtschen Vertrauensshow im Bundestag forderten die sog. gemeinnützigen Wohnungsunternehmer sowie die Vertreter der Haus- und Grundbesitzer eine Erhöhung der Verwaltungs- und Instandhaltungskostenpauschalen. Im sozialen Wohnungsbau wollen sie vorab zwischen 0,30 und 1,00 DM pro qm mehr kassieren. Wenn zudem noch die zinsgünstigen Kredite für die in den 60er Jahren gebauten Sozialwohnungen auslaufen, droht wieder einmal Millionen Mietern der dicke Hammer.

Es gibt absolut keinen Grund, das Verhalten des ehemaligen Neue-Heimat-Chefs zu verteidigen, es bleibt eine Schweinerei. Aber persönliche Bereicherung auf der einen Seite und Massenbelastung der Mieter auf der anderen ist in unserem Land Prinzip. Und wenn der genossenschaftliche Grundgedanke gewerkschaftlicher Unternehmen im kapitalistischen Sumpf baden geht, kann das eigentlich nicht sehr verwundern. Diejenigen, die schon immer erklärte Gewerkschaftsfeinde waren, sind bodenlose Heuchler. Sie nutzen die öffentliche Aufregung und schlagen voll zu.

Lohnrunde 82:

Höhere Löhne - bessere Kaufkraft - mehr Arbeitsplätze

Mit einem Paukenschlag wurde die diesjährige Lohnrunde eröffnet. Die öffentlichen Arbeitgeber wollten mit einem Eingriff in die Tarifautonomie zum 1. März die Löhne und Gehälter der Beamten, Angestellten und Arbeiter kürzen. Die Kürzung ist nun dank der Kampfbereitschaft der ÖTV vom Tisch, aber die öffentlichen Arbeitgeber haben angekündigt, daß sie eine Verrechnung der geplanten Kürzung bei den anstehenden Tarifverhandlungen wollen.

Auch die Unternehmerverbände drängen auf niedrige Lohnabschlüsse. Die Arbeitgeber versuchen Beschäftigte gegen Arbeitslose auszuspielen. Mit Hinweis auf die zwei Millionen Arbeitslosen behaupten sie, Lohnerhöhungen würden weitere Arbeitsplatzverluste verursachen.

Aber stimmt das?

Ist es nicht vielmehr so, daß Leute entlassen werden, weil die Dinge, die sie hergestellt haben, nicht mehr gekauft werden? Lohnerhöhungen sorgen für mehr Nachfrage, für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Es nützt den Arbeitslosen und den Beschäftigten also, wenn die Gewerkschaften echte Lohnerhöhungen durchsetzen. Zudem: Das Leben wird immer teurer. Und staatliche Zuschüsse wie BAFöG, Kindergeld, Wohngeld etc. werden ständig gekürzt.

Notizen aus dem Rat

Franz Wrzosek (SPD) beantragte bei der Etatdebatte im Sozialausschuß einen Haushaltsansatz von 10 000,— DM für die Caritas-Sozialstation. Das Geld, so meinte der Boyer Ratsherr, werde von der Caritas zur Beratung von Schwangeren über Möglichkeiten der Schwangerschaftsunterbrechung benötigt. Der Papst möge ihm verzeihen!

*

Als die SPD-Fraktion im Kulturausschuß die Abstimmung über einzelne Punkte des Haushaltes verschieben wollte, weil ihr Fraktionsmitglied Degen sich verspätet hatte, bot Roland Trottenburg (CDU) großzügig an, daß sich bis zu Degens Eintreffen ein CDU-Vertreter der Stimme enthalten würde. Soviel Eintracht ist schon peinlich.

*

Auf mindestens 900 000,— DM schätzt CDU-Bezirksvertreter Nordmann (Bottrop Süd) das jährliche Einkommen von OB Wilczok. Er kritisierte in diesem Zusammenhang, daß Wilczok sich nicht scheue, städtische Gelder zu verschwenden, indem er sich regelmäßig mit einem Bottroper Dienstwagen und Fahrer zum Düsseldorfer Landtag fahren lasse.

*

Schon seit Jahren wird im Kulturausschuß über die Einrichtung einer städtischen Musikschule in Bottrop geredet. Als DKP-Ratsherrin Aßmann in der Haushaltsdebatte einen entsprechenden finanziellen Ansatz dafür forderte, stimmten CDU und SPD geschlossen dagegen. CDU-Ratsherr Trottenburg zur Erklärung: „Wir sind zwar auch für eine Musikschule, aber gegen den Antrag der DKP."

Dicke Luft in der Ebel

Trotz zahlreicher Proteste aus der Ebeler Bürgerschaft wegen Lärm- und Staubbelästigungen verlängerten der Wirtschaftsförderungs- und der Planungsausschuß (gegen die Stimmen der DKP und des Umweltschützers Secunde) die Betriebserlaubnis für die Kohleschlammtrocknungsanlage der Firma Roth. Der DKP-Vorschlag, den Standort der Firma zu verlagern, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag der DKP, ein medizinisches Gutachten über die Auswirkungen der Feinstaubbelästigung einzuholen.

Massenentlassungen

... gibt es schon bald in der Nachbarstadt Gladbeck. Bei Siemens sterben 700 Arbeitsplätze, 700 Arbeiter sollen kurzarbeiten. Auch bei Rockwool gibt es für 250 Beschäftigte Kurzarbeit. Und bei der Flachglas AG soll sogar für zwei Jahre kurzgearbeitet werden.

Unbedingt vormerken

Vom 18. bis 20. Juni findet in Duisburg, Wedaupark, das Volksfest 1982 der Arbeiterzeitung UZ statt.

Wir versprechen Ihnen: Künstler, Sportler und Spezialitäten aus aller Welt. Volkstümliche Preise. Spaß und Unterhaltung für die ganze Familie. Information und Diskussion aktueller Fragen. Für jeden etwas.

Fragen Sie nach beim DKP-Zentrum, Gladbekker Straße 83, Tel. 68 81 57

Früher Juden - heute Ausländer

„BI-Ausländerstopp", und was dahinter steckt

Vorsicht! Bei uns sind politische Rattenfänger am Werk! In Bottroper Haushalten und Schulen versucht eine „Bürgerinitiative Ausländerstopp" Unterschriften zu sammeln. Aber hinter dieser „Bürgerinitiative" steckt ausgerechnet die neonazistische NPD Bochum. Und so wie vor 1933 die Stimmung angeheizt wurde mit hundsgemeinen Judenwitzen und „Juda verrecke"-Parolen, so tauchen heute an den Wänden Bottroper Häuser bösartige Parolen gegen ausländische Mitbürger auf.

Die Ewiggestrigen haben Übung in der Hetze gegen Andersdenke.

Ältere Mitbürger erinnern sich: 1933 fing es auch an mit der Parole „Juden raus". Am Ende stand der Holocaust, der Massenmord an Millionen jüdische Mitbürger.

1933 hieß es bei den Nazis: Demokraten raus. Und dann folgte das Verbot der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, die willkürliche Verhaftung von Sozialdemokraten und Kommunisten und die Ermordung Zehntausender Antifaschisten in den faschistischen Konzentrationslagern.

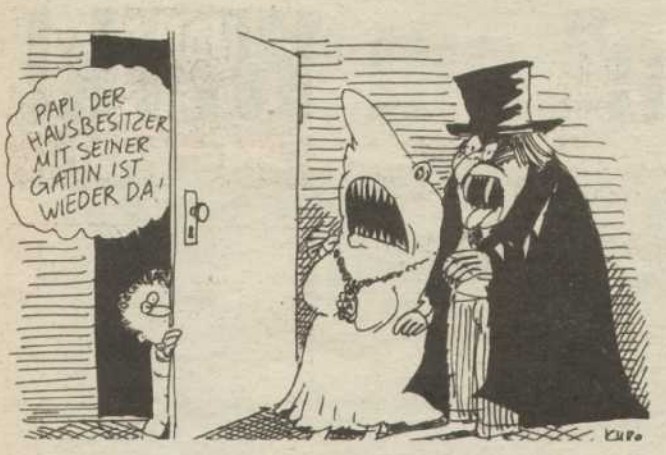
Die Hetze gegen ausländische Mitbürger heute kommt aus den gleichen Quellen wie damals. Und wie damals, so wird auch heute mit plumpen Lügen gearbeitet.

Man will deutsche und ausländische Arbeiter aufeinanderhetzen, damit sie sich nicht gemeinsam gegen die wirklichen Arbeitsplatz-Killer wehren. Man will den Keil der Spaltung zwischen deutsche und ausländische Arbeiter treiben, damit sie nicht gemeinsam für ein wirkliches Beschäftigungsprogramm und gegen die Bonner Rotstift- und Rüstungspolitik kämpfen.

Herausgeber für den Kreisvorstand der DKP Bottrop und die DKP-Fraktion des Rates der Stadt Bottrop: Heinz Czymek.

Verantwortlich für den Inhalt: Siegfried Rutz Bottrop, Gladbecker Str. 83

Druck: Plambeck & Co, Neuss



Urteil gegen Mietwucher am Ostring

Auch bei neu abgeschlossenen Mietverträgen gibt es Grenzen

In Bottrop hat sich mittlerweile herumgesprochen, daß Mieter nicht ohne weiteres jede Mieterhöhung hinnehmen müssen. In zahlreichen Fällen mußte von den Vermietern die zu hoch berechnete Miete zurückgezahlt oder verrechnet werden. Vor dem Bottroper Amtsgericht ereignete sich aber ein Mietstreit, dessen Ergebnis wohl den meisten neu sein dürfte.

Für eine 74 qm große Wohnung am Ostring verlangte die Vermieterin 500,— DM. Dies war so beim Abschluß des Mietvertrages vereinbart worden. Das fragliche Wohnhaus war im Jahre 1907 erbaut worden. Im Mietpreis waren die Kosten für eine Garage sowie eine Pauschale für Wasser- und Stromkosten enthalten.

Zunächst zahlten die Mieter mehrere Monate lang fleißig die Miete, bis sie sich die Mühe machten, die Höhe der Miete anhand des Mietspiegels zu überprüfen. Sie fanden heraus, daß diese Wuchermiete um fast 50 Prozent über der zulässigen Grenze des Mietspiegels lag. Die Eheleute zahlten fortan nur noch eine Miete in Höhe von 313,80 DM, die ihr Rechtsanwalt ermittelt hatte.

Die Vermieterin klagte und verlor den Prozeß vor dem Amtsgericht Bottrop, das feststellte, die Mieter brauchten nur die nach dem Mietspiegel zulässige Miete zu zahlen, die von ihnen richtig berechnet worden sei. Dabei nützte es der Vermieterin nichts, daß sie sich auf Verbesserungsmaßnahmen wie Thermopenscheiben und neue Türen berief. Sie zog daraufhin vor das Landgericht Essen, das ihre Berufung in vollem Umfang zurückwies, allerdings die zulässige Miete auf 358,80 DM heraufsetzte.

Dieser Prozeß hat die Mieter keinen Pfennig gekostet, da die Vermieterin sämtliche Kosten tragen muß. Das streitbare Ehepaar spart jetzt nicht nur jeden Monat 141,20 DM Miete, die Vermieterin muß sogar noch die zuviel gezahlten Beträge zurückerstatten. Dieser Erfolg zeigt, daß es sich durchaus lohnt, sich von seinem Vermieter nicht alles gefallen zu lassen.

Aber **Vorsicht:** Nur bei wirklich krassen Verstößen gegen den Mietspiegel wird eine Mietvereinbarung nichtig. Im Zweifelsfall lohnt es sich daher, fachkundigen Rat einzuholen, bevor Mietzahlungen verweigert werden.

VEBA geht in die Offensive:

Große-Wilde erläutert Baupläne für den Eigen

Unter dem Motto „Der Eigen im Jahr 2000" führte die CDU am 11. Februar eine Diskussionsveranstaltung zum Flächennutzungsplan und zum Thema Wohnen im Eigen durch. Starreferent des Abends war VEBA-Wohnstätten-Chef Große-Wilde. Er berichtete über die Baupläne seines Konzerns im Eigen.

Die ursprüngliche Absicht der VEBA, neue Werkswohnungen für Bergleute in Kirchhellen zu bauen, ist fallengelassen worden, weil dort die Bodenpreise zu hoch seien. Und so hat sich die VEBA entschlossen, für die Bergleute neue Wohnungen „in der herrlichen Umgebung der Rheinbabensiedlung" zu errichten (wo ihr Grund und Boden schon gehörten!) Große-Wilde versprach eine ganze Menge: 1. Keine Hochhäuser, sondern nur zweigeschossige Bauweise (plus ausgebautem Dachboden); 2. Angemessene Mietpreise, die unter dem Höchstsatz für Sozialwohnungen liegen sollen; 3. Keine Zerstörung von Gärten durch Stichstraßen, Innenflächenbebauung etc.

Außer den Werkswohnungen sollen auch kleinere Wohneinheiten für ältere Menschen entstehen, um größere Zechenwohnungen für junge Familien freiziehen zu können. Bei soviel Sinn für soziale Gerechtigkeit und für die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen von seiten eines großen Konzerns kamen einem fast die Tränen. Wenn es da nicht ein paar Mißklänge in den harmonischen Ausführungen des VEBA-Chefs gegeben hätte. Z. B. sollen die schwarzen Zechenhäuser an der Aegidistraße (Eigener Markt bis Liebrechtstr.) wegen Unrentabilität abgerissen werden. Z. B. sind die Gärten hinter den alten Steigerhäusern an der Nessel-, Velsenstraße ect. doch zu groß, um nicht zur Bebauung zu reizen. Und vor allem wurde auch deutlich, daß dem Herrn Große-Wilde und seinen Parteifreunden von der CDU eine Erhaltungs- und Gestaltungssatzung für die Rheinbabensiedlung nicht in den Kram paßt, weil dadurch ihre Pläne erheblich eingeschränkt werden könnten. Für die Eigener Bürger heißt es nach wie vor, wachsam zu sein und jeden Ansatz zur Zerstörung ihrer Siedlungsstruktur abzuwehren.

Kirchhellener Jugendliche sehen schwarz

Beinahe hat es im letzten Jahr geklappt mit einem Jugendhaus in Kirchellen. Doch jetzt gibt's dort nur eine weitere Kneipe.

Besonders stark für das Jugendhaus hatten sich die Kirchhellener „Falken" gemacht. Sie wollten sogar die Trägerschaft übernehmen. Nachdem dieser Traum vom Jugendhaus am Widerstand der CDU und der Bürokratie scheiterte, droht nun ein neuer Tiefschlag.

Seit Jahren machen die „Falken" ihre Gruppenarbeit im Foyer der Schnock-Halle. Eigentlich nur ein Provisorium. In einem Schreiben, in dem sie von unzumutbaren Bedingungen sprechen, wandten sie sich an die Stadt. Doch bisher wurde der Brief noch nicht einmal vom zuständigen Gremium behandelt.

Kann man sich dann überhaupt Hoffnungen auf Verbesserung der Freizeitsituation machen?

Im neuen Gewand...

...zeigt sich seit einiger Zeit der Überweg zu VEBA-Glas (verlängerte Gungstraße). Der Ausbau dieses Straßenabschnitts ist auf Drängen von betroffenen Bürgern und der DKP im Bauausschuß endlich fertiggestellt worden.

SPRECHSTUNDE BÜRGERBERATUNG

Es hat sich herumgesprochen: Wer Hilfe und Rat braucht, kann jederzeit die DKP-Fraktion in Anspruch nehmen. Sie kümmert sich um die großen und kleinen Probleme unserer Mitbürger. Sie tut das unbürokratisch, kostenlos und erfolgreich!

Sprechstunde: Dienstag von 17 bis 19 Uhr, Gladbecker Straße 83, Telefon 68 81 57.

Gesundheit im argen

Daß es in Bottrop, einer Bergarbeiterstadt, immer noch keinen Lungenfacharzt gibt, ist ein Skandal. Der nächste Facharzt hat seine Praxis in Essen-Steele. Aufgrund der sog. Kostendämpfungsmaßnahmen in der Krankenversicherung kommt für die vielen Kumpels, die an Steinstaub leiden, neben dem weiten Weg jetzt noch ein weiteres Problem hinzu. Die Knappschaft zahlt nur noch eine Fahrstrecke zum Arzt, die Rückfahrt muß aus eigener Tasche gelöhnt werden. Den Mißstand müssen also wieder einmal die arbeitenden Menschen ausbaden. Es wird höchste Zeit, daß sich die Stadt um eine bessere ärztliche Versorgung in Bottrop bemüht.

Vorsicht: „Trickdiebe" am Werk! — Der Bottroper Haushalt '82

Wie man den Bürgern Geld wegnimmt und wer es bekommt

Beispiel 1: Auf die Kleinen

Immer auf die Kleinen. Leider auch in diesem Haushalt! Waren im letzten Jahr noch 300 000 DM für Kinderferienlager und Jugendbegegnungen zur Verfügung, wurden jetzt davon 110 000 DM gestrichen. Keine Mark ist vorgesehen für den Erhalt des Kindergartens Flöttestraße in Welheim, den die ev. Kirche spätestens Mitte 1983 schließen muß.

Auch dem Antrag der Kindergartenträger, die Stadt solle die Zuschüsse an die Kindergärten erhöhen, wurde nicht entsprochen. Jetzt drohen weitere Schließungen!

Die Anträge der DKP, eine Kinderkrippe und Jugendräume in Boy und Kirchhellen zu schaffen, wurden von SPD und CDU einträchtig abgelehnt.

CDU läßt Katze aus dem Sack!

Während der letzten Jahre hatte die CDU bei den Haushaltsberatungen nicht viel zu sagen. Doch in diesem Jahr wendet sie sich mit einer Reihe eigener Vorschläge an die Öffentlichkeit.

Doch nutzen die CDU-Vorschläge dem Bürger? Und wer soll nach Meinung der CDU die Zeche zahlen? Da fordert die CDU eine fast völlige Einstellung der Personalzuschüsse an das Jugendhaus Schwarze Schule und 10 Prozent Kürzung am Haus der Jugend. Am Borsigweg und bei der Drogenhilfe will sie ebenfalls Personal einsparen. Die Jugend, ohnehin schon durch Arbeitslosigkeit und Rotstiftpolitik besonders hart betroffen, steht also an erster Stelle der CDU-Abschußliste!

Personalkürzungen will die CDU auch an anderer Stelle: bei den VHS-Kursleitern und vor allem bei der Stadtverwaltung im Bereich der unteren Beamtenränge, den Angestellten und Arbeitern.

Trotz hoher Arbeitslosenzahlen will die CDU noch mehr Menschen auf die Straße werfen.

Da muß man es schon als Täuschungsmanöver werten, wenn CDU-Fraktionschef Trottenburg verkündet, die CDU wolle auf 10 Prozent der Diäten verzichten. Denn gleichzeitig ist die CDU besonders eifrig, doppelt und dreifach abzusahnen. So kassieren die CDU-Vertreter im Bauausschuß durch eine halbstündige Vorbesprechung gleich zweimal Sitzungsgeld!

Auch was die städtischen Einnahmen angeht, hat die CDU einen Vorschlag: Sie will das Kostendeckungsprinzip überall angewandt sehen. Wer öffentliche Leistungen in Anspruch nimmt, soll nach CDU-Meinung auch dafür zahlen. Trottenburg erläuterte das am Beispiel der Schwimmbäder in der letzten Ratssitzung: Es sei nicht einzusehen, warum diejenigen, die die öffentlichen Bäder benutzen, nicht auch die Kosten dafür zahlen sollen. Was Trottenburg nicht sagte, aber wohl meinte: Wer einen Swimming-pool besitzt, hat kein Interesse an städtischen Schwimmbädern — wer seine Kinder auf Privatschulen für teures Geld schickt, der will durchaus an öffentlichen Schulen sparen —, wer seinen Kindern Reichtümer bieten kann, dem sind Jugendhäuser und Kindergärten schnurzegal.

Wieder einmal beweist sich so, daß die CDU nicht die kleinen Leute vertritt, sondern ein Club Der Unternehmer ist.

SPD mit Gedächtnisschwund

„Schaut nicht auf ihren Mund, sondern auf ihre Hände" heißt ein altes Sprichwort der Arbeiterbewegung. Entscheidend ist nicht das, was jemand sagt, sondern das, was getan wird.

Die Notizen wollen mal daran erinnern, was die SPD vor gar nicht so langer Zeit alles versprochen hat:

Zur Situation an den Schulen heißt es im Programm für die Landtagswahl vor knapp 20 Monaten: „Wir Sozialdemokraten haben mit unserer Schulpolitik mehr Chancengleichheit für die Kinder in unserem Lande erreicht. ... Wir haben die finanzielle Belastung, die eine gründliche Ausbildung der Kinder für die Eltern mit sich bringt, deutlich verringert." Für die Kindergärten heißt es: „Eine Gesellschaft, die sich gleichgültig oder sogar feindlich zu den Kindern verhält, hat keine Chance . . . Wir werden dafür sorgen, daß Kinder zu haben nicht mit sozialen Nachteilen verbunden ist ... Der Kindergartenbeitrag der Eltern wird weiter abgebaut und bis zum 31. 12. 1981 in unserem Land völlig entfallen." Zu Jugendeinrichtungen wird versprochen: „Mehr hauptamtliche Mitarbeiter sollen die Qualität des außerschulischen Bildungsangebots verbessern."

Zum Sport wurde gesagt: „Wir werden in den nächsten Jahren alle Anstrengungen unternehmen, um für unser Land den Spitzenplatz im Breitensport in der Bundesrepublik Deutschland zu erlangen."

Diese Sätze sind erst knapp 20 Monate alt, die SPD gewann bei den Landtagswahlen die absolute Mehrheit. Kurz vorher bekam sie bei den Kommunalwahlen in Bottrop wieder die absolute Mehrheit. Doch die Politik, die die Sozialdemokraten seitdem betreiben, hat mit ihren Versprechungen kaum etwas zu tun. Viele Wähler hätten diese Politik viel eher von der CDU erwartet.

Die Diagnose kann für die SPD nur lauten: Gedächtnisschwund. Als Gegenmittel empfiehlt die DKP: eine starke Dosis Arbeiterpolitik!

Beispiel 2: Schulgeld durch die Hintertür!

Viel wurde an den Schulen gekürzt. So gibt es für neue Lehrmittel überhaupt kein Geld (also Projektoren, Landkarten, Biologiesammlungen usw.), nur die dringendsten Ersatzbeschaffungen sind vorgesehen. Noch schlimmer sieht es bei Schulbüchern aus: Die Stadt will viel weniger Schulbücher kaufen, die vorhandenen sollen nach Möglichkeit nur ausgeliehen werden. Bei Neuanschaffungen von Büchern sollen die Eltern im neuen Schuljahr 30 Prozent bezahlen!

Kindgerechte Schulhofgestaltung findet nicht mehr statt. Für Renovierungen an Schulgebäuden und Turnhallen steht noch weniger Geld als im letzten Jahr bereit!

Hinzu kommt, daß die Kürzungen unter den einzelnen Schulformen ungleich verteilt sind. Die Gymnasien kommen ganz gut weg, während Grund- und Hauptschulen „bluten" müssen.

Die Turnhalle an der Overbergschule wird auch in diesem Jahr nicht gebaut.

Die Folgen dieser Streichungen: wenn die Schule kein Geld mehr für Kreide usw. hat, wird und muß sie an die Eltern herantreten, damit sie dafür bezahlen. Auf die Eltern kommen pro Schulkind weitere Unkosten von -zig Märkern zu! Da muß sich so manche Arbeiterfamilie fragen, ob sie sich den Besuch einer weiterführenden Schule noch leisten kann! Von Lernmittelfreiheit und Chancengleichheit ist heute nicht mehr die Rede.

Beispiel 3: Sie predigen uns Wasser, aber selber saufen sie Wein!

Die Spitzen von SPD und CDU reden vom Sparen, meinen aber Kürzungen im sozialen Bereich, bei den Ausgaben für die Bürger. Aber selber sakken sie das dicke Geld ein. So soll **OB Wilczok** nicht nur 45 000 DM für **Repräsentation** bekommen, sondern auch noch 40 000 DM **„Verfügungsmittel"**. 231 000 DM stehen hinter der Bezeichnung „Zuwendungen an die Fraktionen", dahinter steckt **staatliche Parteienfinanzierung.** Weiterhin soll es bei den hohen **Sitzungsgeldern** und **Diäten** bleiben!

Beispiel 4: Verschwendung

Obwohl nur die wenigsten Bürger, d. h. einige der gutbetuchten, sich für abstrakte Kunst interessieren, werden auch in diesem Jahr 1 735 000 DM für das Albers-Center ausgegeben, hinzukommen noch 100 000 DM für entsprechende Ausstellungen.

Während viele Vororte auf Gelder für wichtige Verbesserungen warten, werden für die Innenstadtsanierung wieder 400 000 DM rausgeschmissen. Ebenfalls in der Stadtmitte wird uns das Prestigeobjekt Busbahnhof 2 200 000 DM kosten.

Obwohl sehr viel Gelände für Industrieansiedlung frei ist, sollen nochmal 1 370 000 DM für die Aufbereitung des Prosper-I-Geländes ausgegeben werden. Kann man denn mit diesen Geldern nicht sinnvollere Dinge schaffen, z. B. Wohnungen, soziale Einrichtungen?

Die Leiche im Keller

und der Haushaltsentwurf '82 / Von Heinz Czymek

Oft dauert es lange, bis der Geruch auf eine Leiche im Keller aufmerksam macht. Ähnlich ist jetzt die Lage im Rathaus. Das, was dort zur Zeit als politisches Rezept für Bottrop entsteht (in Form des Etats '82), kann man nur als politische Leiche bezeichnen. Noch wird sie vom Publikum nicht bemerkt. Wir halten es aber für unsere Pflicht, der Öffentlichkeit dieses Monstrum vor Augen zu führen.

Die Merkmale sind schnell benannt: Dem einfachen Bürger werden über 2 Millionen durch höhere städtische Gebühren aufgehalst. Die Mieter sollen in Form von Grundsteuern eine Million mehr bezahlen. Über steigende Gas-, Strom- und Wasserpreise kassiert die Stadt eine weitere halbe Million. Werden diese 3,5 Millionen wenigstens für den Bürger aufgewandt? Keine Spur! Was hier als „Sparen" ausgegeben wird, ist in Wahrheit ein Bündel an Ungerechtigkeiten! Die Wünsche der Bürger bleiben auf der Strecke. Im Schulbereich werden über 2 Millionen gestrichen, darunter für Lehr- und Lernmittel 410 000,— DM, für Jugend- und Ferienfahrten und beim Sport gibt es 300 000,— DM weniger. Die Turnhallen an Overberg- und Berufsschule werden nicht gebaut, und auch die Gesamtschule ist gefährdet.

Dieser dreiste Leistungsabbau der Stadt geht Hand in Hand mit Geschenken an die Unternehmer. Sie sparen 1982 über 14 Millionen durch den Wegfall der Lohnsummensteuer.

Die Belastung des kleinen Mannes erhält eine schon peinliche Note, wenn man sieht, daß für Prestigebauten in der Innenstadt (Parkhaus, O-Bahnhof und Albers-Centrum) runde 6 Millionen zur Verfügung stehen und der Ausbau der Gladbecker Straße (einschließlich Häuserabriß) sowie die Einrichtung eines mehr als überflüssigen Gewerbegebietes in der Boy 22 Millionen kosten.

Das ist aus meiner Sicht bürgerfeindliche Politik! Anstatt die Wunden zu heilen, die die Bonner Rotstiftpolitik schlägt, machen die Rathausoberen die gleichen Fehler. Müßte es die SPD-Fraktion nicht nachdenklich machen, daß sie dafür den Beifall der CDU erhält? Wir möchten auf die Leiche hinweisen, bevor sie stinkt. Wir meinen: Durch Eingaben und Proteste zur Etatberatung können die Bürger dafür sorgen, daß sie verschwindet!

Beispiel 5: Arbeitsplätze

Die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sind sicher, heißt es in den großen Zeitungen. In der Tat, Massenentlassungen gibt es bei der Stadt nicht! Aber: Es werden Stellen abgebaut! Hart betroffen ist der Arbeiterbereich. 19 Stellen werden gestrichen. Auch Versetzungen und Abgruppierungen betreffen hauptsächlich die Arbeiter, Angestellten und die unteren Beamtengruppen. Trotz Personalmangels bekommt weder das Sozialamt noch das Wohnungsamt neue Mitarbeiter. Und: Über zweihundert Beschäftigte bei der Stadt arbeiten nur auf Zeit in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Für sie werden keine Dauerarbeitsplätze geschaffen.

„Bedaure, das hat vor Ihnen die Stadt Bottrop besorgt."

Positives

Gute Nachrichten sind ganz rar im neuen Haushalt. Sie sind im folgenden aufgeführt: 30 000 DM Personalkostenzuschuß für den Abenteuerspielplatz der katholischen Jugend an der Devensstraße, Beginn der Neuordnung und teilweise Erstbebauung im Bereich Prosperstraße/Ostring/ Kampstraße im Bottroper Süden. Für den Radwegebau sind jetzt 300 000 DM veranschlagt. Das sind gute Dinge. Aber insgesamt gesehen ist es nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Angenommen

Der Antrag, die Ausgaben für Kleingärten von 5000 auf 35 000 DM aufzustocken, fand im Bauausschuß eine Mehrheit.

Abgelehnt

... wurde der DKP-Antrag im Planungs- und Umweltausschuß, einen Meßwagen für die Stadt anzuschaffen.

... wurde der Antrag von DKP-Ratsherrin Bobrzik, das Sozialamt in das Erdgeschoß des Rathauses zu verlegen.

... wurde der DKP-Antrag auf Schaffung einer Musikschule im Kulturausschuß.

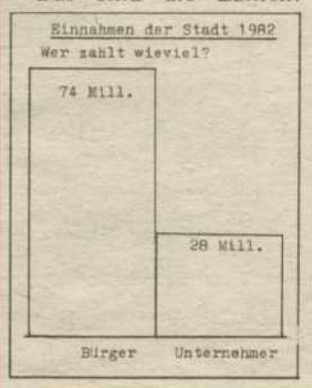
Öffentliche Ratssitzung über den Haushalt '82 am 11. 3. '82 im Rathaus Großer Sitzungssaal 16 Uhr

Die DKP-Fraktion lädt alle interessierten Bürger herzlich ein.

Beispiel 6: Einnahmen

Von wem kriegt die Stadt ihre Steuergroschen? Werden die Bottroper Bürger und Unternehmen sozial gerecht herangezogen?

Das sind die Zahlen:



Den größten Batzen der Einnahmen bringt die Lohn- bzw. Einkommensteuer mit 42 Mill., die Grundsteuer Typ B (wird auf Mieter umgelegt) macht 9,5 Mill. aus. Über Gebühren für Bäder, Straßenreinigung, Friedhöfe usw. kassiert die Stadt 22 Mill. Die Unternehmer, allerdings nur die größeren, bringen zusammen 28 Mill. an Gewerbesteuer in die Stadtkasse.

Insgesamt bringen die einfachen Bürger also fast 74 Mill. DM auf, während die Unternehmen nur ein Drittel davon zahlen. Ist das gerecht?

Aufstehen Frauen!

Christa Müller

VERTREIBUNG AUS DEM PARADIES
Erzählungen
Edition Neue Texte

Aufbau-Verlag, Berlin
165 S., gebunden, DM 5,80

Ein Kater im Neubau. Er geht euch dort ein, sagt die praktische Freundin vor dem Umzug. Ein Hund gehört zum Menschen, eine Katze zum Haus. Tierquälerei sagen die Mieter, wenn sich der Kater in den Aufgängen verirrt.

Eine Katergeschichte? Ja und nein. Alle Texte des Bandes leben zunächst von handfesten Episoden, pointiert erzählt, lakonisch, mit zurückgehaltener Emotionalität. Kinder und Mütter, meist alleinstehend, sind die Hauptpersonen. Der rote Faden, der sich der sich durch alle Erzählungen zieht, sind die Beziehungen zwischen ihnen.

Hedda Zinner

NUR EINE FRAU
Roman

Buchverlag der Morgen, Berlin,
327 S., Leinen, DM 10,70

Im Mittelpunkt des Romans steht Louise Otto-Peters, eine Frau, die ihrer Zeit weit voraus war und für die Emanzipation der Frauen kämpfte. Die Hochzeit der Schwester Antonie mit dem Fabrikanten Dennhardt ist für sie Anlaß, darüber nachzudenken, ob es für eine Frau keinen anderen Lebensinhalt geben könne, als "standesgemäß verheiratet" zu werden. Mutig bekennt sie sich zur 48er Revolution. Sie gibt die erste deutsche Frauenzeitung heraus, die nicht lange erscheinen kann, weil Frauen auch eine Frauenzeitung nicht leiten dürfen. Louise erhält gedankliche Anregung und Hilfe von Robert Blum und gründet den ersten Frauenverein.

Dieser Roman gibt zugleich ein kulturhistorisches Bild vom Deutschland der 48er Revolution.

Helga Königsdorf

MEINE UNGEHÖRIGEN TRÄUME

Aufbau-Verlag, Berlin
145 S., Leinen, DM 5,80

Die Autorin überrascht in ihrem ersten Erzählungsband durch die Vielseitigkeit ihrer literarischen Begabung. Im Mittelpunkt stehen Frauen, die versuchen, sich in schwierigen Situationen Männern gegenüber zu behaupten, oder die es lernen müssen, ihr Leben selbst zu gestalten.

Brigitte Thurm

VERLANGEN
Roman

Hinstorff-Verlag, Rostock
250 S., Leinen, DM 8,00

Das ist Gina Vermeer: Berlinerin, zwischen dreißig und vierzig, Spezialistin für Kunstgeschichte, promoviert; die Professur ist zu erwarten. Eine kluge Frau, eine, die es geschafft hat, wie ihre Kolleginnen sagen.

Und auch das ist Gina Vermeer: eine Frau, die nach Lösungen für sich und ihr Glück sucht. Ihre Freundin sagt, es sei lächerlich, sich darüber hinwegzutäuschen, daß es auch heute Dinge zwischen Mann und Frau gebe, von denen sich unsere Ehebuchweisheit leider nichts träumen lasse.

ZU NEUEN UFERN
Frauenbriefe von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Novemberrevolution 1918

Verlag der Nation, Berlin
575 S., mit zahlreichen zeitgenössischen Illustrationen, Leinen, DM 20,80

Briefzeugnisse von zehn bedeutenden Frauen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg, die - bei unterschiedlicher Herkunft, Bildung und beruflicher Tätigkeit - vom gleichen Willen zu Selbstverwirklichung und Selbständigkeit getragen waren. Das Leben dieser Frauen, ihre Kämpfe und Leiden, ihre Niederlagen und Erfolge, spiegelen sich in einer unmittelbaren und bisweilen erschütternden Weise wider.

Karl-Liebknecht-Buchhandlung
Viehofer Platz 15
Telefon (02 01) 23 20 14
4300 Essen 1

TSCHECHOSLOWAKISCHES
LEBEN

Ein Ausflug in die ČSSR mit der Zeitschrift TSCHECHOSLOWAKISCHES LEBEN

Informative, unterhaltsame Monatszeitschrift mit Reportagen und Berichten über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben der heutigen Tschechoslowakei.
Reich bebildert.
Interessantes aus der Geschichte.
Wissenswertes für Touristen.
Ständige Rubriken vermitteln Unterhaltung für die ganze Familie.

Tschechoslowakisches Leben erscheint in Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch und Spanisch.

Preis des Jahresabonnements: 15,– DM
Preis des Einzelheftes: 1,50 DM

Bestellschein

Hiermit bestelle ich _____ Jahresabonnement(s) der Zeitschrift Tschechoslowakisches Leben für das Jahr 1982

Name _____

Anschrift _____

_____

Unterschrift _____

Den mit Blockschrift ausgefüllten Coupon senden Sie bitte an den Herausgeber:

Presseagentur Orbis
Vinohradská 46 · CS 120 41 Praha 2, ČSSR

Krefelder Appell

Ausschneiden, einsenden

Ich schließe mich dem Krefelder Appell an die Bundesregierung an, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen".

Name/Vorname: .....

Adresse: .....

Alter: ..... Beruf: .....

Unterschrift: .....

(Ausschneiden und einsenden an: Redaktion Notizen, Gladbecker Straße 83, 4250 Bottrop)

Schon 1962 zogen die Ostermarschierer durch Essen.

Taschengeld der Senioren

Großes Kopfzerbrechen macht den **älteren Mitbürgern**, die in Heimen wohnen, die **Kürzung des Taschengeldes** durch die Bundesregierung. Die meisten Heimbewohner sind davon betroffen, von diesem Taschengeld müssen sie u. a. Arztfahrten, Rezeptgebühren, Toilettenartikel selber bezahlen. Die DKP hat durch Ratsherrin Bobrzik einen Ersatz des wegfallenden Geldes durch die Stadt beantragt. Zwar bedauerten SPD und CDU die Kürzung bei den Rentnern, stimmten aber gegen den DKP-Antrag.

Marxistische Abendschule stellt ihr Programm vor

Mit einer Veranstaltung zum Thema „Frieden schaffen ohne Waffen?" eröffnet die **Marxistische** Abendschule (MASCH) Bottrop ihr Programm. Die MASCH hatte sich Anfang dieses Jahres als ein überparteilicher „Zusammenschluß marxistisch orientierter Linker" gebildet. Die MASCH bietet sowohl einen Studienzirkel zum Studium der „Grundlagen des Marxismus" als auch Veranstaltungen zu aktuellen politischen und ideologischen Fragen an.

Zu der Veranstaltung „Frieden schaffen ohne Waffen? — Marxisten zur sozialen Verteidigung und Pazifismus" (4. März, 19 Uhr, Gaststätte „Zum Trappenkamp, Berliner Platz) wird Dr. Robert Steigerwald ein Einleitungsreferat halten. Die MASCH betont, daß auch andere Kräfte die Möglichkeit haben, ihre Positionen darzulegen.

Nähere Einzelheiten und das MASCH-Programm sind zu erfragen über: Hans Düsing, Postfach 265, Tel. 6 71 33, Bottrop.

Ostermarsch für Frieden

Die Aufstellung einer westdeutschen Armee und der Eintritt in die NATO wurden nach den Erfahrungen im II. Weltkrieg vom Großteil der Bevölkerung abgelehnt. Nach Bekanntwerden der geheimen Pläne des Bundeskanzlers Adenauer entstand 1950 die „Ohne-mich-Bewegung" gegen die Aufstellung eines bundesdeutschen Heeres.

1960 wurde in der Bundesrepublik der Ostermarsch als Aktionsform aufgegriffen, um den Protest der Bevölkerung gegen die Wiederbewaffnung auszudrücken. Damals wie heute marschieren Menschen verschiedener politischer und religiöser Auffassungen zusammen gegen die atomare Bedrohung auf der ganzen Welt und die Stationierung von Atomraketen in unserem Land.

Trotzdem wurde die Einführung der Bundeswehr mit den Stimmen der SPD parlamentarisch abgesegnet. Doch die Versuche, die Armee nun auch noch atomar zu bewaffnen, stießen 1957 auf erheblichen Widerstand: Der Bewegung „Kampf dem Atomtod" schlossen sich zahlreiche Wissenschaftler und Gewerkschafter an. Eine Aktionsform dieses Bündnisses war der Ostermarsch.

Beim ersten Marsch in der Bundesrepublik liefen 1960 über tausend Atomkriegsgegner von Hamburg zum Raketenübungsplatz Bergen-Hohne. In den Jahren darauf fanden die Märsche im gesamten Bundesgebiet mit Hunderttausenden von Teilnehmern statt. Immer wieder erschien das Symbol der weltweiten Friedensbewegung.

Das Bündnis aus Pazifisten, Christen, Kommunisten und Sozialdemokraten ließ sich nicht auseinanderdividieren.

Der Ostermarsch 1982 von Duisburg nach Dortmund knüpft an die Tradition der vergangenen Friedensmärsche an.

Polen: Heuchelei und ernstgemeinte Fragen

Die Polen-Propaganda der Medien hängt mittlerweile vielen Bürgern zum Halse heraus. Mehr und mehr wird die Heuchelei der Amis, der NATO, aber auch von Strauß u. Co. durchschaut. Die Krokodilstränen von Leuten, die in den USA oder der BRD als scharfe Gewerkschaftsgegner auftreten, werden schon bespöttelt.

Trtozdem gibt es ernste Sorgen und Fragen. So fragte mich z. B. ein Gewerkschaftskollege, ob ich „Solidarität mit Solidarnosc" übe, wie es der DGB empfiehlt?

Natürlich habe ich volles Verständnis für die Arbeiter, die aufgrund der schlechten Versorgungslage im Jahr 1981 die Beseitigung von Mißständen forderten. Die Regierung entsprach den Forderungen. Ja, Regierungen und Parteiführer mußten abtreten. In Polen wurden Arbeiterforderungen jedoch nicht niedergeknüppelt. Eine SPD-Zeitung schrieb: Soviel Rücksichtsnahme der Staatsmacht gegenüber wilden Streiks und ungesetzlichen Aktionen von Solidarnosc hätte sich z. B. keine SPD-Regierung in der BRD gegenüber Hausbesetzern leisten können. Sieh' an!

Anstatt dafür zu sorgen, die wirtschaftliche Krise und die Versorgungskrise durch konstruktive Arbeit und bessere Mitbestimmung zu bewältigen, taten Solidarnosc-Führer das Gegenteil. Sie verhielten sich ungewerkschaftlich, sie riefen am 3. 12. 81 zum Sturz der Staatsgewalt auf. Mit solcher Praxis kann man sich nicht solidarisieren. In diesen Tagen hat die Militärregierung den blutigen Bürgerkrieg und vielleicht mehr verhindert.

Ist das etwa zu beklagen? Sicher, eine Militärregierung löst keine Probleme. Aber sie ermöglicht durch Sicherung der Ordnung, daß die Krise durch gute Arbeit überwunden und die Fehler schnell korrigiert werden. Diejenigen, die das bedauern, wollten das Chaos in Polen, ein Eingreifen der Militärblöcke herbeiführen. Das wäre eine „Rechtfertigung" für den offenen Bruch der Entspannungspolitik und die Aufstellung neuer US-Raketen gewesen. Mit solcher Zielsetzung kann sich jedoch kein vernünftiger Mensch solidarisieren!

Heinz Czymek

SDAJ eröffnet rote Kantine

Die SDAJ-Berufsschulgruppe hat in der „Wurstküche" an der Gladbecker Straße 83 eine Kantine für die Berufsschüler eingerichtet. Seit längerer Zeit werden dort preiswert Brötchen und Kaffee angeboten. Diese Aktion soll auf die Misere in der Berufsschule aufmerksam machen, wo noch keine vernünftige Kantine besteht. Die Kantine der SDAJ ist momentan jeden Donnerstag in den großen Pausen geöffnet.

Wallraff killt BILD

Die Schülervertretung des Vestischen Gymnasiums lud ein und am 4. 2. wurde die Aula bis auf den letzten Platz besetzt: Günter Wallraff war gekommen, um mit den interessierten Zuhörern über die mögliche Gegenwehr gegen die „Bild"-Zeitung zu diskutieren.

Seit Günter Wallraff in der „Bild"-Redaktion in Hannover unerkannt arbeitete und danach die Methoden des Lügenjournalismus an die Öffentlichkeit brachte, verlor das Springer-Blatt rapide an Umsatz. Die Leserschaft hat sich bereits um 600 000 reduziert. Die Nachwuchsredakteure bleiben aus, obwohl „Bild" mehr zahlt als andere Boulevardzeitungen, die „Schmutzzulage", wie es heißt. Während der Diskussion ermunterte Wallraff die Aktionen gegen die „Fälscherwerkstatt" zu verstärken. Zum Beispiel die Verteilung von der Gegenbildzeitung „Killt" in Betrieben habe wesentlich zur Aufklärung über das Blatt beigetragen. In Zukunft gelte es zu verhindern, daß, durch die Einführung des Privatfernsehens, es Springer und Co. gelinge, ihre reaktionäre Gesinnung auch noch über die Mattscheibe zu verbreiten.

Hochexplosive Fracht rollt durch Bottrop

Munitionslager vor unserer Haustür

Wenige hundert Meter vom Bottroper Stadtgebiet entfernt wird dieser Tage das Munitionsdepot Hünxe in Betrieb genommen. In knapp 50 über- und unterirdischen Bunkern werden dann todbringende Massenvernichtungsmittel gestapelt.

Die US-Regierung unter Führung Präsident Reagans hat im vergangenen Jahr zwei fürchterliche Beschlüsse gefaßt:

1. Die Neutronenbombe — insgesamt 1280 Geschosse — zu produzieren.

2. Neue Fabriken zur Herstellung von Giftgasen aus dem Boden zu stampfen.

Sowohl die Neutronenbombe als auch die Giftgasgranaten können mit Geschützen bzw. der Lance-Rakete verschossen werden.

Da in Wesel, ca. 15 km vom Hünxer Depot entfernt, die Lance-Rakete stationiert ist, also das Trägermittel für die eben beschriebenen Massenvernichtungsmittel, liegt die Vermutung nahe, daß demnächst in Hünxe der chemische oder atomare Tod lauert.

Nach den Plänen der NATO wird Hünxe per Lkw beliefert. Dazu entsteht eigens mitten im Dorstener Stadtzentrum eine Munitionsumladestation mit einer jährlichen Kapazität von zugegebenen 2000 Lkws. Legt man eine Traglast pro Lkw von 10 Tonnen zugrunde, werden also pro Jahr von Dorsten aus durch Kirchhellen mindestens 20 000 Tonnen hochexplosiver Fracht gekutscht.

Aber das ist nicht alles. Ehe die todbringende Fracht auf Lkws verladen wird, kommt sie per Zug über Bottrop in Dorsten an. Auch das ist noch nicht alles. In Dorsten befindet sich ein konventionelles und ein atomares Depot der britischen Rheinarmee, angegliedert ist ein Munitionsbahnhof. In Borken befindet sich neben der Panzerkaserne ein Munitionsdepot. Auch diese Anlagen werden per Bundesbahn mit brisanter Fracht versorgt. Und die Eisenbahnverbindung geht ebenfalls über Bottroper Stadtgebiet.

Die DKP fordert umfassende Information der Bevölkerung über den Umfang, die Art und die Sicherungsmaßnahmen der Transporte.

Steckbrief

Gesucht werden 200 Kinder, die mit der DKP und den Jungen Pionieren in der DDR drei Wochen Ferien verbringen.

Besondere Kennzeichen: 10 bis 14 Jahe alt, sie haben eine Schwäche für die Attraktionen eines Ferienlagers wie Baden, Angeln, Bootfahren, Fußballplatz, Diskothek, Filme usw.

Weiterer Hinweis: Die Kinder befinden sich in Begleitung von erfahrenen Betreuern. Und alles kostet nur 120,— DM. Anmeldungen bei allen Kommunisten und im DKP-Zentrum, Tel. 68 81 57.

Närrische Ratssitzung mit der DKP-Fraktion

Stimmung auch beim Karneval der DKP Eigen

Narrenschiff ahoi!

Leinen los!" hieß es am 20. Februar, als das Narrenschiff der DKP-Ratsfraktion die Anker lichtete. Das Schiff legte in der Aula der Lutherschule ab. Für Stimmung an Bord sorgten das Bottroper Prinzenpaar, das Domino-Sextett, das Männerballett von der KG Boy, die tofte Kapelle „Poor Boys", die Mitglieder der DKP-Ratsfraktion und, und, und ...

Wieso hat Bottrop eigentlich neuerdings eine „Baumsatzung", wenn solche riesigen Bäume — wie hier am Ostring 96 — immer noch stillschweigend gefällt werden können? Die DKP fragte im Planungs- und Umweltausschuß nach, ob für das Abholzen dieses Baumes eine Genehmigung vorlag. Die Antwort steht noch aus. Bei Nichtbeachtung der Genehmigungspflicht können hohe Geldstrafen verhängt werden.

Jugend - ohne Zukunft?

Wie sollen Jugendliche „Mut zur Zukunft" bekommen, wie Helmut Schmidt beschwört, wenn die Arbeitslosigkeit schon direkt nach der Schule zuschlägt? In Bottrop gab's Ende Januar 345 Arbeitslose unter 25 Jahren. Die reale Arbeitslosenzahl ist viel höher, zählt man die Dunkelziffer hinzu. Das sind Jugendliche, die nach der Lehre nicht übernommen werden, die Lehrstellensucher der 10. Klasse, die Schüler der Berufsgrundschuljahrgänge und die der Berufsvorbereitungsjahre. Damit kommen wir auf ca. 700 arbeitslose junge Menschen in Bottrop!

Um auf die bedenkliche Zahl und bedrohliche Situation jugendlicher Arbeitsloser aufmerksam zu machen und um dagegen zu protestieren, daß immer mehr Lehrstellen gestrichen werden, führte die SDAJ eine Aktion „Fang dir eine Lehrstelle" durch. Die SDAJ forderte in ihrer Innenstadt-Aktion: sofortige Schaffung von 1000 neuen qualifizierten Lehrstellen in Bottrop!

Dieser Tag gehört den Frauen, ein Tag, an dem in aller Welt für die Rechte und Forderungen der Frauen gestritten wird. Vor 72 Jahren zum erstenmal gefeiert, ist der Frauentag nicht totzukriegen. Wie kaum ein Jahr zuvor, geht es heute den Frauen, ihren Kindern, ihren Familien um den Frieden. Und es geht auch darum: Bei den Kürzungen im Sozialbereich zahlen die Frauen am stärksten drauf. Dieser 8. März fällt zudem in eine Zeit, in der 750 000 arbeitslose Frauen gezählt werden.

Das Problem „Gewalt gegen Frauen" wurde durch die Frauenbewegung aus dem Dunkel der privaten Beziehungen an die Öffentlichkeit gebracht, es ist kein individuelles Problem.

Diese Themen, aber auch Sketche, Lieder und Kaffeetrinken stehen auf dem Programm der Veranstaltungen, die von Stadtteilgruppen und vom Frauenarbeitskreis der DKP durchgeführt werden. Termine:

4.3. Eigen, Gaststätte Rebbelmund: 16 Uhr
8.3. Batenbroch, Kleingartenverein am Volkspark, 16 Uhr
8.3. Stadtmitte, Gaststätte Trappschkamp 19 Uhr
8.3. Boy, Gaststätte Bayer-Hof 16 Uhr?